

Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum

Udo Wenzl

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist ein Gebot unserer Zeit! Es geht im Eigentlichen darum, dass sich junge Menschen mit ihrem Lebensraum identifizieren können und sich zu kritischen, interessierten und engagierten (jungen) Bürgerinnen und Bürger entwickeln können. Es geht um Gegenwart und Zukunft zugleich, denn die jungen Bürger/innen brauchen Lebens- und Dialogräume in der Kommune. Je positiver dabei diese Räume erfahren werden umso größer ist die Identifikation mit dem Gemeinwesen. Dabei stehen Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten im Mittelpunkt.

Kinder und Jugendliche sind als junge, sensible und wache Mitglieder der Gesellschaft von Anfang an Teil der Gemeinde und sollten möglichst früh auch bei öffentlichen Angelegenheiten mit einbezogen werden. Mögliche Anknüpfungspunkte bestehen schon im Kindergarten, in der Grundschule sowie im außerschulischen Bereich. Bildung, Beteiligung und die Möglichkeit zum Engagement wirken sich positiv auf die Entwicklung aus und tragen mit dazu bei, dass aus den Kindern und Jugendlichen mündige und politisch interessierte Jugendliche und Erwachsene werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Gemeinde eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht und dies z.B. auch in ihren Satzungen verpflichtend verankert werden. Wenn Kinder und Jugendliche diesbezüglich positive Erfahrungen gemacht haben, so kann dies positive Auswirkungen auf ihre Engagementbereitschaft im Erwachsenenalter haben.

Die Studie »Vita gesellschaftlichen Engagements« vom Deutschen Kinderhilfswerk (2007) hat ergeben: Fast 83 Prozent derjenigen, die sich heute gesellschaftlich stark engagieren, haben dies bereits in der Kindheit und Jugend getan. Für den Zugang zum Engagement waren für 62 Prozent Freund/innen sehr wichtig. Eltern wird eine wichtige Vorbildfunktion zugesprochen. Die Studie bestätigt die Hypothese: Wenn Kinder und Jugendliche bereits in frühen Jahren positive Erfahrungen mit Engagement gesammelt haben, werden sie auch als Erwachsene gesellschaftlich aktiv.

Viele gute Gründe für Beteiligung

Ziel Beteiligung macht stark, ist bereichernd und gerecht. Sie ist notwendig, legal, bildet und fördert Demokratie. »Beteiligung ist ein wesentliches Merkmal einer lebendigen Demokratie. Die Lust am Mitreden, Mitmachen, Mitbestimmen, Mitentscheiden und Mitverantworten muss frühzeitig in allen gesellschaftlichen Bereichen gefördert werden, um der viel zitierten Demokratiemüdigkeit und Politikverdrossenheit Paroli zu bieten« (www.gelingende-beteiligung.de).

Demokratie und Beteiligung müssen gelernt werden! Und hier ist die Schnittstelle zur politischen Bildung, denn ohne die politische Bildung der schulischen und außerschulischen Bildungsträger wird Demokratie und Beteiligung nur begrenzt erfahrbar sein. Vor diesem Hintergrund müssen die Angebote der politischen Bildung und die vielfältigen kommunalen Beteiligungsprozesse miteinander verzahnt werden.

Kinder und Jugendliche brauchen möglichst viele Experimentierfelder, in denen sie Beteiligung üben und erfahren können. Dabei ist ausdrücklich davor zu warnen, diese Experimentierfelder als »Spielwiese« zu verstehen. Das Engagement von Mädchen und Jungen in eigener Sache muss ernst genommen und anerkannt werden und setzt die Bereitschaft zu Veränderung voraus. Der Demokratie wegen.

Vor diesem Hintergrund muss Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene systematisch gestärkt und nachhaltig verankert werden.

Wie kann ein gewinnbringender Beteiligungsprozess gestaltet werden?

Es ist davon auszugehen, dass jede Kommune unterschiedliche Bedingungen und Ausgangssituationen für die Entwicklung von Beteiligungsmodellen hat. Bei der Entwicklung von Beteiligungsformen ist zu beachten, dass bewährte und in anderen Gemeinden und Städten entwickelte Beteiligungsformen nicht einfach auf die eigene örtliche Ebene übertragen werden können, da in jeder Gemeinde/Stadt unterschiedliche Voraussetzungen in Verwaltung und Politik vorzufinden sind. Gemeinden bzw. Stadtgrößen unterscheiden sich und konkrete Initiativen orientieren sich an einzelnen Personen (z. B. Bürgermeister, Gemeinderäte, Jugendarbeiter), Gruppen (z. B. Bürgerinitiativen) und/oder Einrichtungen (z. B. Kinderbüros).

Jede Form muss auf die konkrete Situation, das konkrete Ziel, die regionalen Gegebenheiten, die jeweilige Altersgruppe bzw. den jeweiligen Entwicklungsstand abgestimmt werden. Letztlich ist nicht die Form entscheidend, sondern die Konsequenzen, die aus einer gelingenden Beteiligung abzuleiten sind.

Die Partizipationsentwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass so gut wie keine der bekannten Beteiligungsformen in Reinform in Erscheinung tritt. Und genau darin liegen die Chancen der unterschiedlichen Partizipationsformen. So ist es z.B. mit der Einrichtung eines Jugendforums oder eines Jugendgemeinderates alleine oft nicht getan.

Beteiligung vielfältig, ideenreich und situationsbezogen gestalten

Beteiligung von jungen Menschen muss vielfältig, ideenreich und der jeweiligen örtlichen Situation entsprechend realisiert werden. Jugendliche Partizipation ist nichts Statisches und muss sich immer wieder an den aktuellen Bedürfnissen der Mädchen und Jungen orientieren und somit weiterentwickelt werden. Den »Königsweg« gibt es nicht. Vielmehr liegen die Chancen in einem Partizipationsmix, bei dem alle vorhandenen örtlichen Ressourcen der Jugendpolitik, der Jugendarbeit, außerschulischen und schulischen Bildungsträgern sowie den Trägern der politischen Bildung mit einbezogen werden. Darüber hinaus ist es wichtig, Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Prozess zu verstehen.

Video : Wir sind Kommune – Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg

Wie kann gelingende Jugendbeteiligung in Kommunen von Baden-Württemberg aussehen? Diese Frage beantwortet der Film »Wir sind Kommune«. Er richtet sich an politisch Verantwortliche in Kommunen und zeigt auf, welche verschiedenen Möglichkeiten es gibt, Jugendliche in kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Zum Video:

www.youtube.com/watch?v=a--ouoyn2PE&feature=channel_video_title
human-pictures.eu/de/filme.php?was=1&p=5.1.3&takt=2

Einflussfaktoren für gelingende Beteiligung

Das »Quassel Café für Frauen« Die bundesweite Initiative »mitWirkung« hat in ihrem Beteiligungsprojekt »Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland - Daten, Fakten, Perspektiven« (2005) zentrale Einflussfaktoren von Kinder- und Jugendengagement wie folgt formuliert:

Von gelingender Beteiligung kann dann gesprochen werden, wenn »auf Seiten der Kommune die Partizipationsmöglichkeiten, zur Verfügung gestellte Ressourcen, politische Unterstützung, Informationsstrategien usw. auf Seiten der Kinder und Jugendlichen ihre Partizipationserfahrungen aus Familie, Schule und Freizeitbereich, und die Zufriedenheit, die sich mit dem Prozess und mit den Ergebnissen verbinden, ferner ihre Kenntnis bestehender Partizipationsmöglichkeiten, ihr politisches Interesse und das Partizipationsengagement ihrer Freunde (vorliegen). All diese Bedingungen sind in einem Modell, das mehrere Ebenen umfasst, zusammenzubringen« (aus: Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland, Bertelsmann-Stiftung, 2005). Diese Einflussfaktoren lohnen sich sehr grundlegend in den Blick zu nehmen und auf dieser Basis das passgenaue Beteiligungsmodell zu entwickeln.

Dies bedeutet für die Kommunen, dass...

... Kommunen Ressourcen zur Verfügung stellen müssen. Gemeint sind hier personelle Ressourcen für Begleitung, Unterstützung und Moderation, Räume und Treffpunktmöglichkeiten sowie Finanzen. Jugendbeteiligung gibt es nicht zum Nulltarif. Und dies sollte einer Kommune auch Wert sein, Haushaltsmittel für die Beteiligungsarbeit selbst, aber auch für die Umsetzung von Maßnahmen bereitzustellen. Übrigens: Beteiligung spart Geld! Wenn Jugendliche z.B. beim Bau einer Skateanlage mit Hand anlegen senken sich in der Regel die Kosten und die Identifikation mit dem selbst Erbauten steigt.

Neben diesen Ressourcen braucht es darüber hinaus politische Unterstützung. Die ist von zentraler Bedeutung, denn ein (Ober)Bürgermeister und ein Gemeinderat, der nicht bereit ist, Entscheidungskompetenzen an die junge Generation mit abzugeben, kann Beteiligung generell blockieren. Eine grundlegende Bereitschaft und der politische Wille, Jugendlichen Entscheidungskompetenzen zu übergeben, trägt zur Glaubwürdigkeit der

Ernsthaftigkeit des Beteiligungswillens mit bei. Grundsätzlich ist zu empfehlen, dass Jugendbeteiligung gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen entwickelt und umgesetzt wird.

Folgende Aspekte und konkrete Elemente sind wichtig:

■ **Anlauf- und Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung**

Eine Anlauf- und Koordinierungsstelle als zentrale Unterstützung für alle Formen der Jugendbeteiligung wird eingerichtet. Dies könnte z.B. auch ein Kinder- und Jugendbüro innerhalb der Verwaltung oder auch bei einem freien Träger der Jugendhilfe sein. Für diese umfassende Aufgabenstellung wird je nach Größe der Kommune eine Personalausstattung von 0,5 Stellen Fachpersonal für notwendig erachtet.

■ **Jugendfreundliche Verwaltung/Jugendbeauftragte**

Die Verwaltung plant die Benennung von Ansprechpersonen für Jugendanliegen in den Dezernaten und ausgewählten Fachämtern. Das Sozial- und Jugendamt hat durch die Fachzuständigkeit eine besondere Bedeutung. Ein ähnliches Verfahren sollte von Seiten der gemeinderätlichen Fraktionen (z.B. Jugendbeauftragte/r) angestrebt werden.

■ **Politische Unterstützung**

Der Gemeinderat, der Oberbürgermeister, die Bürgermeister und die Verwaltung akzeptieren die gewählte Beteiligungsform und bringen sich aktiv in den Dialog mit der jungen Generation ein.

■ **Jugendinformation und Informationsstrategien**

Um eine umfassende und jugendgemäße Information sicherzustellen, braucht es ein Jugend- und Infonetz bzw. eine Medienstrategie, die u.a. auch das Web 2.0 mit einbezieht. Jugendinformation richtet sich in erster Linie an junge Menschen, aber auch an Eltern, MultiplikatorInnen in Schule, Ausbildung, Beruf und Jugendhilfe. Ihre Inhalte und Themen erstrecken sich grundsätzlich auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Jugendinformation will dazu beitragen, das Recht Jugendlicher auf Information, wie es in der »Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte« in der »Internationalen Konvention für die Rechte der Kinder«, in der »Europäischen Konvention zur Wahrung der Menschenrechte« und in der Empfehlung Nr. R(90)7 des Europarates in Bezug auf Information und Beratung junger Menschen in Europa verankert ist, zu verwirklichen.

Jugendinformation im kommunalen Raum fasst die lokalen und regionalen Angebote für die junge Generation zusammen. Jugendinformation findet vornehmlich im lokalen Umfeld statt und nutzt alle Möglichkeiten der Informationsverbreitung. Internetgestützte Angebote können und wollen die Jugendinformation vor Ort ergänzen und nicht ersetzen.

Im am 21. November 2001 vorgelegten Weißbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel »Neuer Schwung für die Jugend Europas« wird der Terminus »Jugendinformation« zum ersten Mal explizit genannt und als zwingende Kondition für die Partizipation Jugendlicher am öffentlichen Leben hervorgehoben. In der Entschließung vom 25. November 2003 hat der Rat folgende gemeinsame Ziele für den Bereich

der Jugendinformation festgelegt: Verbesserung des Zugangs der Jugendlichen zu Informationsdiensten, verstärkte Bereitstellung von Informationen für Jugendliche, Förderung der Beteiligung von Jugendlichen an der Erstellung und Verbreitung jugendgemäßer Informationen.

Für Kinder und Jugendliche ist entscheidend :

- **Partizipationserfahrungen** aus Familie, Schule und Freizeitbereich: Partizipationserfahrungen von Kindern und Jugendlichen sind wesentliche Voraussetzung für Engagement und für politisches Interesse. Nicht alle dieser Erfahrungen können durch kommunale AkteurInnen beeinflusst werden. Aber gerade in Schule und Jugendarbeit sollten die Möglichkeiten für positive Partizipationserfahrungen genutzt und ausgebaut werden.
- **Zufriedenheit**, die sie mit dem Prozess und mit den Ergebnissen verbinden: Jugendliche haben einen Sensor dafür, ob die Jugendbeteiligung ernst gemeint ist, ob es sich um eine Alibiveranstaltung handelt (Jugendliche haben nur eine scheinbare Stimme: ihre Wünsche, Einschätzungen und Stellungnahmen werden letztlich jedoch nicht berücksichtigt). Wenn Jugendbeteiligung von den politisch Verantwortlichen auch wirklich ernst gemeint ist und aus den Diskussionen konkrete Handlungsstrategien und Projekte entstehen, trägt das zur Zufriedenheit mit bei. Diese Zufriedenheit hat langfristig auch positive Auswirkungen auf das politische Interesse und die Bereitschaft zum Engagement der jungen Generation.
- **Kenntnisse** über bestehende Partizipationsmöglichkeiten:
Um sich beteiligen zu können braucht es Kenntnis darüber, wie, wann und wo Beteiligung stattfindet. Die Verknüpfung mit der Schule erscheint hier naheliegend, wenn man möglichst viele Kinder und Jugendliche informieren und ansprechen möchte. Darüber hinaus braucht es ein umfassendes und für Jugendliche attraktives Informationssystem wie z.B. ein Jugendnetz auf Landes- und kommunaler Ebene.
- **Politisches Interesse** und das **Partizipationsengagement** ihrer Freunde: Partizipation gemeinsam mit Freunden macht mehr Spaß. Der Austausch innerhalb einer Peergroup ist gewinnbringend und fördert den Gesamtprozess der Jugendbeteiligung.

Politisch Verantwortliche sollten ein Interesse daran haben, mit ihren jungen Bürger/innen im Dialog zu stehen. Dafür braucht jede Kommune verlässliche und verbindliche Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche. Und zu guter letzt: Je früher umso besser! Beginnen Sie schon früh mit der Beteiligung von Kindern!

Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Beteiligung gut gemacht? Ein im Rahmen des Nationalen Aktionsplans »Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 - 2010« eingerichteter Arbeitskreis hat allgemeine Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt und diese für die Bereiche Kindertagesstätte, Schule, Kommune, Erzieherische Hilfen und Jugendarbeit spezifiziert. Das Ergebnis ist ein Heft mit Qualitätsstandards und konkreten Handlungsschritten für die Umsetzung von guter Partizipation vor Ort.

www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=161728.html

Auf dem Weg ist Beteiligungsland Baden-Württemberg – auch für Kinder und Jugendliche

Was Bremer Jugendliche dürfen, darf man im Südwesten noch nicht, aber ...

mit der baden-württembergischen Landtagswahl im März 2011 fand ein Regierungswechsel statt. Die Medien haben es bundesweit verfolgt und es war kaum zu überhören, dass Baden-Württemberg zum ersten Bundesland mit einem grünen Ministerpräsidenten geworden ist. Mit der SPD bilden die Grünen die neue Landesregierung. Ein zentraler Schwerpunkt im Koalitionsvertrag sind Bürgerbeteiligung und die Beteiligungsrechte. Hier bilden u.a. die Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen einen besonderen Schwerpunkt:

»Wir wollen, dass die jungen Menschen in Baden-Württemberg positive Erfahrungen mit den demokratischen Mitwirkungsrechten machen (...) wir begreifen die Belange von Kindern und Jugendlichen als ein zentrales Feld der Landespolitik. Dabei muss es Ziel aller Bemühungen sein, Kindern und Jugendlichen gute Zukunftschancen zu eröffnen. Kinder- und Jugendpolitik darf aber nicht nur Politik für junge Menschen sein, sie muss stets Politik mit jungen Menschen sein (...) wir werden die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung verbindlich verankern. Kinder und Jugendliche sollen grundsätzlich bei allen sie betreffenden Fragen politisch beteiligt werden. Die konkreten Formen der Beteiligung können sehr vielfältig ausfallen. Wo Jugendgemeinderäte gebildet werden, sollen sie aber ein Rede- und Antragsrecht erhalten. Wir wollen das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken.« *(Auszüge aus dem baden-württembergischen Koalitionsvertrag »Der Wechsel beginnt«, Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Baden-Württemberg, Mai 2011)*

Die Verankerung der Beteiligungsrechte junger Menschen in der Gemeindeordnung, eine grundsätzliche politische Mitsprache von Kindern und Jugendlichen sowie vielfältige Beteiligungsformen sollen zukünftig mehr denn je fester Bestandteil kommunaler Politik werden. Dies wird umso bedeutsamer vor dem Hintergrund eines kommunalen Wahlrechts ab 16 Jahren.

Und zu guter letzt: Die Kinderrechte sollen in die Landesverfassung aufgenommen werden. »Der Staat muss stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Herstellung kindgerechter Lebensverhältnisse und gleicher Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen geht. Deshalb wollen wir Kinderrechte in der baden-württembergischen Landesverfassung verankern.« (*Koalitionsvertrag »Der Wechsel beginnt«, Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Baden-Württemberg, Mai 2011*)

Auf dem Weg ins Beteiligungsland Baden-Württemberg. Die kommenden fünf Jahre könnten also für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mehr als spannend werden. Und wenn all diese Bestrebungen zu einem verstärkten politischen Interesse der jungen Generation führen, so könnte dies eine erfolgsversprechende Wahlaltersenkung schon bei der nächsten Kommunalwahl 2014 werden. Und nicht nur bei der Kommunalwahl. Die Landtagswahl muss bald folgen. »Eine Absenkung des Wahlalters würde auch vom Städtetag begrüßt (...) Allerdings unter der Voraussetzung, dass die Altersregelung für alle Wahlen in Baden-Württemberg gilt.« (Staatsanzeiger Nr. 20, 27. Mai 2011)

Literatur und Links

»Der Wechsel beginnt«, Koalitionsvertrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Baden-Württemberg, 2011, Quelle: www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf

»mitWirkung!« Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland - Daten, Fakten, Perspektiven, Gütersloh, 2005

»Vita gesellschaftlichen Engagements« - Studie zum Zusammenhang zwischen früherer Beteiligung und dem Engagement bis ins Erwachsenenalter, Deutsches Kinderhilfswerk e.V., 2007

»Neuer Schwung für die Jugend Europas« - Weißbuch der Europäischen Kommission, 2001

www.gelingende-beteiligung.de ist die landesweite Homepage zur gelingenden Beteiligung in Baden-Württemberg.

www.deinestimme.jugendnetz.de - »Jung und glücklich an deinem Wohnort?!« ist eine auf Dauer angelegte Plattform im Jugendnetz Baden-Württemberg. Sie dient zur Umsetzung von Umfragen unter Jugendlichen auf

kommunaler Ebene und bietet Jugendlichen die Möglichkeit, die Infrastruktur und die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in ihrer Gemeinde zu bewerten und Verbesserungsvorschläge zu machen.

www.junge-listen.de – die landesweite Homepage der Jungen Listen in Baden-Württemberg.

Autor

Udo Wenzl ist Bildungsreferent beim Landesjugendring Baden-Württemberg, Systemischer Berater für Organisationen (SYBEO), Beratung, Begleitung und Moderation von Kinder- und Jugendbeteiligung und Jugendengagement im kommunalen Raum.

Kontakt:

Udo Wenzl

Am Rosengarten 6 b

79183 Waldkirch

Telefon: (01 52) 09 89 04 83

E-Mail: info@junge-listen.de / UdoWenzl@web.de

www.junge-listen.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de